

für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post 22,50 Mark, auswärts Zustellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich, Zeitungserzeichnis unter Scale-Zeitung eingetragen. Für unerwartet eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck aus dem Quellenangebot, Scale-Zeitung gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Zeitung

Zweihundertfünfzigster Jahrgang.

Nr. 412.

Halle, Freitag, den 3. September 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Anzeigenspreise:
Die 8 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 42 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an untere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 14, Dr. Hausbaustraße 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4693.

Der Ruf nach Einigung.

Als nach Ausbruch der Revolution der demokratische Gedanke in weiten Schichten der Bevölkerung Eingang fand, lag die Hoffnung nahe, daß dieser Gedanke auch die Brücke zu einer in neuer Arbeit zusammengeführten Parteienbildung wäre, die, unbeschadet der verschiedenen Parteiführung, im Rahmen der gegebenen Verhältnisse weiterarbeiten willens sein würde. Diese Hoffnung wurde sehr bald zunichte. Denn die extremen Richtungen links und rechts lehnten jede Mitarbeit in diesem Rahmen ab und erschwerten so die an sich schwierige Arbeit für die Anfänge eines Wiederaufbaus unendlich. Sie eines Besseren zu belehren, gelang nicht. Der Ruf zur Einigkeit, dem die Demokratie wiederholt dadurch Ausdruck gab, daß sie ohne jede Rücksicht auf die Parteinteresse sich willig einer mit der ganzen Ungunst der Verhältnisse belasteten Regierung zur Mitarbeit zur Verfügung stellte, verhallte bei den extremen Richtungen ungehört.

Neuerdings nun, nach einem gegen die Demokratie sowohl sachlich wie auch leider persönlich überaus scharf geführten Wahlkampf, mehren sich die Anzeichen dafür, daß die politisch rechtlich gerichteten Parteien den Ruf nach Einigkeit oder — etwas unrichtiger ausgedrückt — nach einer in neuer Arbeit zusammengeführten Parteienbildung nicht nur nicht ablehnen, sondern die Möglichkeit davon erfahren — durch Ausführungen ihrer Redner zum Ausdruck zu bringen versuchen. Entgegen sich diese Versuche darauf, ein gegenseitiges Vertrauen, gegenseitige Achtung als Volksgenossen herzustellen und die Bereitschaft zu zeigen, im Rahmen der gegebenen Verhältnisse Mitarbeit zu leisten, dann wird man diese Versuche begrüßen können. Lassen sie aber in ihrem inneren Kern die Deutung zu, daß die innere Einigkeit zur Vermehrung äußerer Schwierigkeiten und damit letzten Endes zur Erfüllung von Parteisonderwünschen benutzt werden soll, dann sind diesem Vorgehen gegenüber schwerste Bedenken am Platze.

Ein typisches Bild hierfür bieten die Ausführungen des Generals Hoffmann vor einer Versammlung Berliner Arbeiter. Herr Hoffmann hat sich warm dafür eingesetzt, daß Rußland als Staat wieder die Stellung im europäischen Kontext erhält, die es vor dem Kriege hatte. Alle europäischen Staaten — und unter diesen waren doch wohl wir in erster Linie gemeint — müßten seiner Aufficht nach mit Rußland gemeinsam an dessen Aufbau arbeiten. Das russische Volk müsse wieder Selbstbestehen erhalten, sich seine Regierung selbst zu wählen. Das Lenin oder einen Aaren, gehe uns nichts an. Als Einleitung zu diesen Ausführungen hatte Herr Hoffmann warme anerkennende Worte für die deutsche Arbeiterkraft gefunden und ganz besonders betont, daß wir aus dem Verfall der Frieden und aus dem festigen Schlamassel nur mit Hilfe der deutschen Arbeiter herauskommen könnten und diese deshalb mit dem übrigen Bürgertum einig sein müßten.

Bedenkt man, daß dieser Ruf nach innerer Einigkeit mit dem Eintreten für die Erhaltung des russischen Staates und für eine gemeinsame Arbeit mit diesem verknüpft wird, so ist in einem Augenblick erfolgt, in dem die deutsche Regierung die Verantwortung für die Krise der Neutralität mit Recht als eigene Lebensfrage des deutschen Volkes ansehen muß, dann bekommt dieser Ruf nach Einigkeit und innerer Arbeitergemeinschaft, ob gewollt oder ungewollt sei dahingestellt, einen bitteren parteilicheren Nachgeschmack. Denn bisher steht der links gerichtete Radikalismus mit seiner Forderung nach einem offenen Eintreten für Rußland allein da. Eine direkte Lebensgefahr erwächst daraus augenblicklich weder für die Regierung, noch für unser Volk. Anders aber gestalten sich die Dinge, wenn die Stimmen nach einem gemeinsamen Eintreten für Rußland offen aufschwelen und so stark werden, daß die Regierung zu einer Stellungnahme gezwungen wird. Dann sind nur drei Folgerungen möglich. Entweder weigert sich die Regierung, der Volksstimmung nachzugeben, dann ist die Regierung erledigt. Oder sie gibt nach, dann haben wir die Kriegserklärung unseres nachsichtigen Feindes auf dem Falle und unser Vaterland wird zum Kriegsschauplatz. Auch in diesem Falle würde, wie auch der Kampf ausgeben möge, unter einer nationalitätlichen einheitlichen Begeisterung die republikanische Regierung zu einem neuen Durchbruch. Oder es käme drittenfalls infolge unseres Eintretens für Rußland der russische Volkswille in unser Land, dann würde auch dieser durch die mit ihm verbundenen unerträglichen Zustände, die durch eine geschickte Anwendung in der Hauptstadt der demokratischen Regierung zur Last gelegt würden, letzten Endes den Sturz der republikanischen Regierung veranlassen. Schließlich wäre noch in Frage, daß die Annäherung an Rußland unsere Reichsstände erwünscht erscheint, weil im Osten sich Anzeichen für eine monarchistische Generenvolution bemerkbar machen, die, wenn sie erfolgreich ist, den Anstoß zu einem Vorgehen der Reaktion in Deutschland gegen das demokratisch-republikanische System bieten könnte.

Diese Perspektiven drängen sich leider aus Einigung an, die in oben geschilderter Art erfolgen, zutage und geben ihnen einen parteipolitischen

Antrieb, der nicht früh genug erkannt werden und vor dessen allgemeingefährlicher Wirkung Regierung und Volk nicht rechtzeitig genug auf der Hut sein können.

Johannes Dornhöft.

Die Sühneforderung für Breslau.

Paris, 3. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Pariser Blättermeldungen besagen, daß Willard bei einer Aussprache mit Dr. Delagar keinen Zweifel darüber beizubehalten habe, daß die Deutschland ansetzenden Sühneforderungen keineswegs gemindert würden. Die Sühneforderungen, auf einer strengen Erfüllung der Sühneforderungen zu bestehen, damit erstere Konflikte vermieden werden könnten. Er könne sich nicht denken, daß die deutsche Polizei in Breslau nicht in der Lage gewesen sein sollte, die Verführung des französischen Konsuls zu verhindern. — Wie wir weiter erfahren, wird der Sammerausbruch für Auswärts am kommenden Montag zusammenzutreten. Man erwartet die deutsche Antwort noch im Laufe dieser Woche und glaubt, daß Deutschland auch in diesem Falle die Sühneforderungen annehmen werde.

Das Reichskabinett trat am Donnerstag wiederum auf einer Sitzung zusammen, um sich nochmals mit den Ergebnissen der Witwenverhandlungen des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten zu beschäftigen. Wie der „N.“ aus parlamentarischen Kreisen erfahren haben will, soll man bereits von einem Abgesehen der Franzosen in der Vorbereitung des einen Entwurfsabkommens befragt werden. Nach dem Reichstagsbeschluss beim französischen Botschafter verlangt.

Die russisch-polnische Frage.

Ein Warschauer Havas-Telegramm besagt, Tschischerin habe in einem Rundfunk an den polnischen Außenminister die Verlegung der Verhandlungen von Wlask nach Kigig zugesagt und mitgeteilt, daß er eine mit entsprechenden Vollmachten versehene Abordnung zum Abschluß eines Friedens und eines gerechten Waffenstillstandes entsenden wolle.

Nach einer Meldung aus Washington erklärte Staatssekretär Cohn, daß die Vereinigten Staaten die Unternote der polnischen Regierung als vollkommen befriedigt betrachten.

Vom Kriegsausbruch.

Adnigsberg, 3. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Seit dem Einmarsch der Polen ist die Lage in der Gegend von Einwall unverändert. Polnische Patrouillen sind in der Nähe der deutschen Grenze bei Filipowo beobachtet worden. Nördlich von Solofka finden noch Kämpfe mit Schwachen russischen Nachritten statt. Die neue russische Offensiv der Armees Division begegnet erfolgloser Abwehr. Die roten Reiter sind durch eine flanken-umfassung aus der Richtung Grabowice und nordwestlich Tomaszow stark bedrängt und beginnen den Rückzug. Auch in der Gegend von Semberg befinden sich die Volkswirten im Rückzug. Nach einer dreitägigen Schlacht bei Zernberg haben auch hier die Russen die Offensive abgelehnt. Die Fronten sind sich wieder in Richtung Grabowice zurückgezogen. Die Südfrent in den Karpaten kam infolge dieser Niederlage ins Wanken.

Eine neue Note Englands an Rußland.

London, 2. Sept. In einer Note vom 28. August drückt Balfour seine Verbitte darüber aus, daß die Sowjetregierung auf ihre Forderung nach Erziehung einer polnischen Arbeitermiliz nicht bestanden und stellt in der Note, daß die britische Regierung die Verminderung der polnischen Armee auf 50 000 Mann als eine gerechte Friedensbedingung anerkannt habe. Balfour erklärt aber, daß diese Bedingung weder von der britischen Regierung, noch vom englischen Volk als Grund zu einem Eingreifen angesehen werde. Die Note betont, daß England in einem Konflikt mit Sowjet-Rußland nicht wünschte, daß es aber auch die Unabhängigkeit Polens unbeschränkt gewahrt wissen wolle.

Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen.

Kopenhagen, 3. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Nach Meldungen aus Helsinki ist in den finnisch-russischen Friedensverhandlungen in Dorpat eine neue kritische Wendung eingetreten. Der Waffenstillstand läuft in diesen Tagen ab und dürfte nicht erneuert werden. Man befürchtet eine abermalige Unterbrechung der Verhandlungen.

Die Waffentransportkontrolle.

Wien, 3. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Der Arbeiterausschuss der Stadtmagistrat in Wien hat einen einstimmigen Beschluß gefaßt, fünfzig keine Sendung von Munition oder Waffen passieren zu lassen, wenn nicht die Regierung der Republik ausreichende Garantien dafür gibt, daß diese Transporte nicht über die Grenze gehen. Erst wenn diese Garantien gegeben worden sind, wird die Sendung freigegeben.

Deutsche Antwort auf russische Noten.

Auf zwei russische Noten an die deutsche Regierung, die sich mit der Frage der deutschen Neutralität beschäftigen, ist von der Berliner Regierung zunächst nur eine

vorläufige Antwort erteilt worden, in der der Moskauer Regierung mitgeteilt wird, daß die von ihr zur Erörterung gebrachten Angelegenheiten Gegenstand von Ermächtigungen der deutschen zuständigen Stellen sind. In erster Linie beziehe sich das auf die von Tschischerin beantragte Einmischung der Internationalen Kontrollkommission bei der Waffenabgabe. Was den in der zweiten Note erwähnten Neutralitätsbruch durch polnische Truppen betrifft, so ist dagegen in Warschau schon vor Eintreffen der russischen Anfrage erhoben worden.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Paris, 3. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Nach Meldungen aus Mailand sind die deutschen, italienischen und französischen Delegierten, die an der Konferenz über die Lebensmittelversorgung teilnehmen, in Sizilien eingetroffen. Man erwartet die übrigen Delegierten im Laufe des heutigen Tages. Deutscherseits nimmt Ernährungsminister Dr. Hermes an dieser wichtigen Konferenz teil.

Ablehnung des Generalkreises in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 2. Sept. Das infolge der blutigen Vorkommnisse einberufene Generalkreisartell hat mit 83 gegen 20 Stimmen den Eintritt in den Generalkreis abgelehnt.

Gegen Übernahme des Steuerabzugs durch die Gemeinden.

Die Nachricht, daß die Gemeindeverwaltung von Frankfurt a. M. beschließen habe, den fiskalischen Mitarbeitern eine 10prozentige Ausgabenzahlung zu bewilligen, zählte am dem Tage, wo der 10prozent Steuerabzug fällig wird, häufig den Bekehrungen der Gemeindeglieder anderer Städte, auf solche Weise den Steuerabzug den Arbeitgebern aufzuerlegen, neue Maßnahmen zu geben. Der preußische Minister des Innern hat deshalb an die Oberpräsidenten einen Erlass gerichtet, in dem er erklärt, die Gemeinden auf die Konsequenzen einer Nachahmung des Frankfurter Beschlusses aufmerksam zu machen. Die Übernahme der Steuerabzahlung durch Gemeindeverwaltungen widerspreche der Reichsgesetzgebung insofern, als damit ein weiteres Einkommen geschaffen werde, das wiederum der Steuerpflicht unterliege. Außerdem könnten die Gemeinden diese neuen Lasten nicht tragen und lösten sich dadurch, das finanzielle Verantwortungsgesühl zu schwächen.

Beamtenkonferenz mit der Regierung.

Der Finanzminister hatte zur Befriedigung der Befragten am Mittwoch nachmittag den Deutschen Beamtenbund, den Allgemeinen Deutschen und den Deutschen Generalkreis, den Bund höherer Beamten und den Bund der Justizbeamten Preußens nach dem Abgeordnetenhaus geladen, um in Gegenwart der Abgeordneten der Regierung ihre Wünsche zu unterbreiten. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Flugel, erklärte vor Eintritt in die Besprechungen, daß sein Bund und die selben Generalkreis es anstreben, abzustimmen, mit den beiden anderen Organisationen gleichzeitig zu verhandeln. Der Vorsitzende der Verammlung erklärte nach Rücksprache mit dem Finanzminister, daß er nicht in der Lage sei, einzelne der eingeleiteten Verbände von der Verhandlung auszuscheiden. Danach verließen die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes usw. den Sitzungssaal. Die Erörterung der einschlägigen Fragen wurde alsdann im engeren Kreise vorgenommen.

Das Kontrollrecht der Eisenbahner.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben am Dienstag die im Berliner Generalkreis tagenden Betriebsräte der Eisenbahndirektion Berlin, der Verksrätten und der Betriebswerkstätten, die im Deutschen Eisenbahner-Verband organisiert sind, kürzlich Protest gegen die Erlasse des Reichsverkehrsministeriums eingelegt, nach denen die Kommission zur Überwachung der Transporttransporte aufgehoben werden sollen. Die Betriebsräte erklärten, daß sie sich auch durch Drohungen mit Entlassung nicht einschüchtern lassen, sondern die Transporttransporte, Waffen, Munition und Kriegsgeräte nach wie vor anhalten wollen, bis die Reichskommission die Transporte erlaubt.

Wie der „Vorwärts“ hierzu mitteilt, wird dürfte dieser Beschluß ohne Wirkung bleiben. Es handelt sich hier lediglich um die Stellungnahme der Betriebsräte, die im Deutschen Eisenbahner-Verband organisiert sind, und zwar um Betriebsräte des Verksrättenpersonals und der Eisenbahnarbeiter, also um Gruppen, die den Eisenbahner nach verhältnismäßig fernsehen. Die Beamten schließen sich dem Vorgehen dieser auf unabhängigem Boden stehenden Eisenbahnarbeitervertreter nicht an, und sie haben gemäß den Beschlüssen der Großorganisationen sich bisher vom Anhalten von Transporten ferngehalten. Die Eisenbahner, soweit sie nicht dem D. E. B. angehören, werden sich lediglich den Beschlüssen der Überwachungskommissionen fügen, die in den nächsten Tagen, wenn die Verhandlungen mit den Ministerien abgeschlossen sind, zusammentreten. Die Überwachung der Transporte wird dann in geregelter Form vor sich gehen, und man muß besonders eine scharfe Kontrolle bei der Aufgabelung zweifelhafter Güter ausüben. Durch die bisherige Haltung des weitestens größten Teiles der Eisenbahnerbeamten ist auch erreicht worden, daß die völlig planlose Kontrolle einzelner Güter und ganzer Züge sehr erheblich zurückgegangen ist.

